

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 24. Oktober 2024

**Budget 2025, Finanzplan 2026-2027, Investitionsplan 2028-2029 und Jahresziele 2025.
Mitbericht der Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS)**

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte

Die Kommission SJS hat an ihrer Sitzung vom 24. Oktober 2024 in Anwesenheit von Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschi das Budget 2025, den Finanzplan 2026-2027, den Investitionsplan 2028-2029 und die Jahresziele 2025 beraten, soweit sie die Justiz- und Sicherheitsdirektion betreffen. Soweit es die Staatskanzlei betrifft, wurde dies zudem in Anwesenheit von Landschreiber Armin Eberli beraten. Die SJS erstattet Ihnen folgenden Mitbericht:

Im Rahmen dieser Beratungen wurden zu einzelnen Positionen Detailfragen gestellt, welche durch die Justiz- und Sicherheitsdirektorin und Landschreiber Armin Eberli beantwortet werden konnten.

Die Kommission diskutierte insbesondere über den Finanzplan 2026-2027. Sie macht folgende Anmerkung zum gesamten Finanzplan 2026-2027:

Der letztjährige Finanzplan 2025-2026 ist vom Landrat zurückgewiesen respektive nicht genehmigt worden. Diesbezüglich ist kein neuer Finanzplan erstellt worden, obwohl es sich beim Finanzplan um ein Planungsinstrument handelt. Ebenso setzt sich der nun vorliegende Finanzplan 2026-2027 nicht mit dem zurückgewiesenen Finanzplan 2025-2026 auseinander. Die Kommission vermisst eine dementsprechende Aufarbeitung des zurückgewiesenen Finanzplans. Sie findet die vom Regierungsrat gewählte Vorgehensweise, die Nichtgenehmigung des Finanzplanes 2025-2026 nicht zu berücksichtigen, als nicht sachgerecht. Da jedoch die Zahlen des Finanzplans 2026-2027 der Bereiche Justiz- und Sicherheitsdirektion sowie der Staatskanzlei für die Kommission SJS stimmig sind, beantragt sie die Genehmigung, unter Berücksichtigung der gemachten Anmerkung.

Die Kommission SJS **beantragt** dem Landrat, in den **Bereichen** betreffend die **Justiz- und Sicherheitsdirektion** und die **Staatskanzlei**:

1. das Budget 2025 (einstimmig) zu genehmigen;
2. die vom Regierungsrat beantragten Leistungsauftragserweiterungen zu genehmigen,
3. den Finanzplan für die Jahre 2026 und 2027 unter Berücksichtigung der Anmerkung (einstimmig) zu genehmigen;

4. den Investitionsplan für die Jahre 2028 und 2029 zur Kenntnis zu nehmen sowie
5. die Jahresziele 2025 zur Kenntnis zu nehmen.

Freundliche Grüsse
KOMMISSION FÜR STAATSPOLITIK,
JUSTIZ UND SICHERHEIT



Thomas Wallimann-Sasaki
Präsident



MLaw Desirée Inderkum
Kommissionssekretärin